

Bundesarbeitsgemeinschaft



der Freien
Wohlfahrtspflege

25.02.2026

Freie Wohlfahrt warnt:

Finanzieller Druck auf Einrichtungen und Dienste gefährdet weiterhin soziale Infrastruktur



Eine aktuelle Umfrage unter Einrichtungen und Diensten der Freien Wohlfahrtspflege zeigt eine weitere Verschärfung der finanziellen Situation im sozialen Sektor. Die Ergebnisse verdeutlichen, dass der anhaltende Ressourcenmangel nicht nur konkrete Hilfsangebote, sondern auch Möglichkeiten des freiwilligen Engagements bedroht.

Wie Kürzungen und Kostensteigerungen soziale Einrichtungen gefährden:



Umfrage unter 3.596 sozialen Einrichtungen und Organisationen:

Mussten Sie in den letzten zwei Jahren bereits Angebote/Leistungen einschränken oder ganz einstellen?



Bundesarbeitsgemeinschaft
der Freien
Wohlfahrtspflege

Vor dem Hintergrund der aktuellen Debatte um die Reform des Sozialstaates in Deutschland und der Haushaltsverhandlungen für die kommenden Jahre warnen die Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege (AWO Bundesverband, Deutscher Caritasverband, Paritätischer Gesamtverband, Deutsches Rotes Kreuz, Diakonie Deutschland und Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland), dass ohne stabile soziale Infrastruktur weder gesellschaftliche Teilhabe noch sozialer Zusammenhalt dauerhaft gewährleistet werden können.

Die wichtigsten Ergebnisse der Umfrage:

Umfrage unter 3.596 sozialen Einrichtungen und Organisationen zu Kürzungen und Kostensteigerungen:



Über 80 Prozent der Einrichtungen und Dienste erwarten zukünftig Einschränkungen oder die Einstellung von sozialen Angeboten

82 Prozent der Befragten rechnen damit, dass sie perspektivisch weitere Angebote und Leistungen zurückfahren müssen.

Dabei gaben 28 Prozent an, dass Angebote und Leistungen ganz wegfallen könnten.

20 Prozent der Einrichtungen und Dienste mussten Angebote schließen

Mehr als zwei Drittel der Befragten gaben an, dass sie in den vergangenen beiden Jahren auf Grund von Kostensteigerungen und/oder Kürzungen

Angebote eingeschränkten oder ganz einstellen mussten. Der Anteil der Einrichtungen und Dienste mit vollständig eingestellten Angeboten stieg im Vergleich zu einer Umfrage Mitte 2024 von 14,7 % auf 20 %.

Regionale Versorgung zunehmend unzureichend

Mehr als 60 Prozent der Einrichtungen geben an, dass das soziale Angebot in ihrer Region nicht (10%) oder nur teilweise (51%) ausreichend ist.

Der Präsident der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege (BAGFW) Achim Meyer auf der Heyde betont auch mit Blick auf die aktuellen Debatten um die Reform des Sozialstaates: „Unsere rund 120.000 Einrichtungen und Dienste sind tragende Säulen des Sozialstaates in Deutschland und tragen damit wesentlich zum gesellschaftlichen Zusammenhalt bei. Wenn soziale Angebote wegfallen, verlieren nicht nur die Menschen in schwierigen Lebenssituationen wichtige Unterstützung – wir verlieren auch Orte, an denen Solidarität, Vertrauen und Mitwirkung wachsen. Ein Sozialstaat kann nur dann moderner werden, wenn seine soziale Infrastruktur stabil bleibt und nicht Schritt für Schritt erodiert.“



„Wenn wir unsere Dienstleistungen einschränken müssen, werden unsere Klienten - eigentlich die gesamte Gesellschaft - ihre Probleme nicht lösen. [...] in der Gesellschaft werden die Spaltungen viel deutlicher.“

Eine der befragten Organisationen zu Konsequenzen von Kürzungen und Kostensteigerungen.

Ein weiterer Aspekt:

Viele soziale Angebote sind Ankerpunkte für freiwilliges Engagement. Die Umfrage zeigt: Mehr als zwei Drittel der Befragten gehen davon aus, dass der Wegfall von Angeboten auch die Möglichkeiten für freiwilliges Engagement verringern wird.

Damit wird das zivilgesellschaftliche Fundament geschwächt, das für einen modernen, partizipativen Sozialstaat unverzichtbar ist.



„Wenn Angebote und Dienste aus Kostengründen eingestellt werden müssen, würde das die soziale Infrastruktur des Sozialraums gefährden. Es wären viele Menschen auf sich allein gestellt, und die soziale Kluft würde sich vergrößern.“

Eine der befragten Organisationen zu Konsequenzen von Kürzungen und Kostensteigerungen.

Die Verbände betonen:

Eine nachhaltige Reform des Sozialstaates muss eine stabile Finanzierung sozialer Dienste sicherstellen, die Freie Wohlfahrtspflege als verlässlichen Partner anerkennen und den gesellschaftlichen Zusammenhalt als Kernziel verankern.

Eine Zusammenfassung der Ergebnisse der Umfragen [hier](#) .

Dateien

Auswertung der Umfrage zur finanziellen Lage der Einrichtungen 160 KB

Pressemeldung 172 KB

[Zum Seitenanfang](#)